

Nicht vollkommen gelungen scheint mir die Integration dieser Problematik mit dem allgemein- und sicherheitspolitischen Bereich (z. B. S. 219 ff.). Für dessen spezifische Fragen, die Probleme *sui generis* darstellen und sich an realen, u. a. psychologischen Gegebenheiten orientieren, hat B. kein so gutes Gespür. Seine größere Stärke liegt auf den bezeichneten anderen Gebieten. So verkennt er die Natur und Wirkung von Zwangsmaßnahmen (Art. 8 Rio-Vertrag) und das Verhältnis des Rio-Vertrages zum Pakt von Bogotá, wenn er den Zweck solcher Maßnahmen darin sieht „um eine friedliche Konfliktlösung in die Wege zu leiten“ (S. 141). Dies ist genau der Ansatz des Widerstandes Mexikos und (zeitweilig) einiger anderer lateinamerikanischer Staaten gegen die Kuba-Sanktionen: sie stehen in fundamentalem Widerspruch zum Auftrag von Charter, Pakt und auch Rio-Vertrag (vgl. Art. 7) zur friedlichen Konfliktlösung. — Auch die Estrada-Doktrin ist nicht recht verstanden, B. erliegt dem Wortlaut und revolutionären Pathos Mexikos (S. 146). Überhaupt entgeht ihm die Komplexität der Anerkennungsproblematik und von einer einheitlichen Strategie der USA in diesem Bereich kann schon gar keine Rede sein (S. 148—150). Ähnliches gilt für die Diskussion der Nichtintervention (S. 211 ff.). Insofern kehrt sich der berechtigte Vorwurf gegen die Schwächen (im Sinne eines wirtschaftsstrukturellen Defizits) der sicherheitspolitisch orientierten Arbeiten in gewisser Weise um. — Trotz dieser im einzelnen diskussionsfähigen Seiten des Buches gilt das eingangs abgegebene sehr positive allgemeine Urteil.

Knud Krakau

RAYMOND ARON

République Impériale.

Les Etats-Unis dans le Monde, 1945—1972,
Paris, Calmann-Lévy 1973, 340 pp. Index

Das Buch verliert nicht dadurch an Interesse, daß es 1972 geschrieben worden ist. Der Vietnam-Krieg nimmt in jener Zeit des Überganges naturgemäß ebenso die Aufmerksamkeit in Anspruch wie die Zeit danach: Überlegungen zum neuen „Isolationismus“ (Auseinandersetzung insbesondere mit R. W. Tucker, letzter Abschnitt). Läßt man diese Aktualitätsbezüge beiseite, bleibt eine wichtige Interpretation (ohne Anspruch auf historisch neues Material) der amerikanischen Außenpolitik der 25 Jahre nach der Truman-Doktrin. Zwei Aspekte kennzeichnen Habitus und Perspektive des Buches. Ohne daß sein Engagement im geringsten darunter litte, schreibt A. als der etwas müde, geschichtsgesättigte Europäer. Bezugnahmen und Andeutungen auf die antike, europäische Geschichte, Zitate aus Clausewitz (über den A. erst kürzlich zwei Bände veröffentlicht hat) u. ä. fließen wie selbstverständlich in den Text. Es ist öfter von der „List der Vernunft“ die Rede, so wenn die USA als Sieger und Okkupationsmacht in Japan gegenüber Korea die (früher von ihnen kritisierte) „japanische“ Politik betreiben (302). Die historische Fundierung, die das Gesamtwerk A's so entscheidend prägt, verleiht auch diesem Buch eine gediegene, anti-spekulative Verlässlichkeit. Dazu gehört aber auch die alte Sorge der Europäer „de se faire gouverner par une commission américaine“ (Valéry), verschärft unter de Gaulle zu dem akuten Widerspruch (83—85, 111—113, 160) zwischen dem europäischen (französischen) Wunsch nach einer eigenen freieren internationalen Rolle und dem Vorwurf an die USA, sie „vernachlässigten“ Europa zugunsten eines tragfähigen Verhältnisses zur Sowjetunion.

Zum anderen argumentiert A. — Verfasser einer der wichtigsten theoretischen Abhandlungen zur internationalen Politik (*Paix et Guerre entre les Nations*) — immer wieder von der Struktur des internationalen Systems her (z. B. 137), aber jeweils historisch-konkret, nicht etwa im Sinne abstrakt-analytischer Systemtheorie. — Der Aufbau ist übersichtlich: Nach einem einleitenden historischen Überblick 1783—1945 folgen zwei Hauptteile. Der erste behandelt die Außen- und internationale Politik im engeren Sinne, der zweite die wirtschaftliche innen- und außenwirtschaftliche Dimension dieser Politik, nicht im Sinne einer reinlichen Sphärentrennung, sondern der unterschiedlichen Akzentuierung innerhalb desselben Problemzusammenhanges.

Es ist faszinierend zu beobachten, wie unbefangen und souverän A. mit heute verbreiteten, ja modischen bis „herrschenden“ Positionen oder Theorien umgeht. So konstruiert seiner Ansicht nach der „Revisionismus“ in der amerikanischen Historiographie zur Nachkriegsgeschichte nur „une histoire de fantaisie dans laquelle les Etats-Unis auraient provoqué Staline“ (326). Die USA hätten nach 1945 eine im Grunde konservative defensive Haltung eingenommen. Containment war zwar (ursprünglich in Europa) eine feste und effektive Politik, aber sie beruhte auf der faktischen Respektierung von Einflußzonen, die sich mit einer universalistischen Phraseologie lediglich verbal verband und damit viele Leute in die Irre führte (308). Die USA konnten die Sowjetisierung eines Teiles von Deutschland und des östlichen Europa nicht ohne moralischen Protest akzeptieren — aber auch nicht verhindern. Die Frage der Revisionisten nach den „Schuldigen“ am Kalten Kriege ist „puérile“. Auf diesen Begriff sollte man lieber verzichten und erkennen, daß es sich ganz wesentlich um „un débat homérique“ gehandelt habe, entstanden auf der amerikanischen Seite aus der Mischung von „protestation morale et tolérance effective“ (147, 165). (Die Bedeutung der sog. Ostverträge liege eben darin, daß der letzte direkt Betroffene auch den „moralischen Protest“ aufgegeben habe). In diesem Zusammenhang fragt man sich allerdings, ob A. nicht die Folgen des McCarthyismus etwas verharmlost, wenn er ihn als bloße „hystérie verbale“ charakterisiert (166).

Den objektiven Bedingungen und Bedürfnissen des zwischenstaatlichen Systems (*système inter-étatique*) haben sich die USA, nach 1918 wichtigster Produzent und Gläubigerstaat, zunächst verweigert (bis 1941) und sich ihnen nach einer Periode des Schwankens (1945—47) schließlich ab 1947 gestellt. In dieser Art Argumentation steckt viel von dem alten Konzept der „Weltmacht wider Willen“ (Fraenkel) — die USA „entrent contre leur gré dans la politique mondiale“ (27), oder die klassische Vakuum-These: Nicht Machtwille ist für die Ubiquität der amerikanischen Politik verantwortlich, sondern zum guten Teil „l'appel du vide“ (170): Containment war eine sehr realistische Antwort auf eine reale Lage, jedenfalls in Europa, und letztlich hier erfolgreich, weil sie menschliche Freiheit und wirtschaftlichen Fortschritt begünstigte (171). Das oft beschworene Wilson-Syndrom habe keine Rolle dabei gespielt. Dieser realistischen und defensiven Politik sei ein verbaler Universalismus letztlich nur aufgesetzt gewesen. Was hat aber zur Globalisierung und Militarisierung der amerikanischen Politik nach 1947, bes. ab 1950 geführt?

A's Arbeit kreist um diese Fragen. Seine Antworten befriedigen mit Sicherheit jene nicht, die (zur Befriedigung des verunsicherten ego?) historisch-gesetzmäßige Ant-

worten aus einem Guß verlangen. A. gibt historisch plausible Erklärungen, nicht eine Erklärung. Keinen Erklärungswert sieht er z. B. in dem moralischen Universalismus der Formulierungen der Truman-Doktrin, die ihre Verfechter ebenso wie viele liberale Kritiker (einschl. Kennan selbst) übertrieben ernstgenommen hätten. Wichtiger erscheint ihm, daß jeder Präsident schon Gefangener einer Erbschaft war, die Folge der sich steigernden schrittweisen Engagements der Amerikaner seit 1945/6, als sie im Namen des Anti-Kommunismus von ihrer sonst anti-kolonialistischen Politik gegenüber Ho Chi Minh abwichen. Die Sogwirkung einer Politik der jeweils kleinen Steigerungen auf der Basis bestimmter Anfangsentscheidungen wurde erheblich intensiviert durch den amerikanischen pragmatischen Problemlösungsoptimismus und -aktivismus, besonders ausgeprägt in der Kennedy-Ära (der „doer“ K.) nach der Periode republikanischer Schläfrigkeit (105, 326, 194). A. weist weiter hin auf den politisch-psychologischen Zusammenhang zwischen der europäischen Allianz und der Aktion in Asien (Solidarität, „Test“-Charakter, Glaubwürdigkeit des amerikanischen Bündnispartners etc., die überall durch ein Versagen irgendwo in Frage gestellt würden; die Domino-Theorie war übrigens schon eine französische Erfindung!), waffentechnologische Neuerungen u. a. (302—4, 127—130, 139, 168), fehlendes Unterscheidungsvermögen zwischen der europäischen und der asiatischen Situation und die zunehmende Ersetzung der Realität der Politik durch ihre Symbole (309—310).

Der wichtigste Aspekt ist jedoch die Frage nach der imperialen oder imperialistischen Politik. Hier zeigt A. seine Eigenwilligkeit am deutlichsten. Er verwirft alle modernen Imperialismus-Theorien und ihre zentrale These, daß der moderne Imperialismus in spezifischer Weise mit der neueren Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zusammenhänge, m. a. W. also eine Erscheinungsform oder Hervorbringung der modernen kapitalistischen Produktionsweise und deshalb neuartig, unverwechselbar und einmalig sei. Imperialismus ist für A. in eindrucksvoll „altmodischer“ Manier ein zeitloses Phänomen und hängt mit zwei Variablen zusammen: a) Mit der unterschiedlichen Außenpolitik kleiner und großer Staaten. Erstere begnügen sich nolens volens — und schätzen sich glücklich, wenn sie darin Erfolg haben — mit dem Ziel der Erhaltung physischer Sicherheit im engsten Wortsinn. Je größer und mächtiger der Staat, desto umfassender definiert er „Sicherheit“, zielt er weiter auf „Wohlergehen“, politisch-moralische Identität usw. Diese Ziele sind schließlich nur erreichbar durch Herstellung oder Absicherung einer „günstigen Umwelt“ (hier hätten A. Wolfers' „milieu goals“ erwähnt werden müssen). b) Kann der dominante Staat dabei Zustimmung bei anderen Staaten erreichen, ist seine Politik „imperial“ (so USA im Verhältnis zu Europa), erzwingt er sie gegen Widerstand, ist sie „imperialistisch“ — „impérialiste au sens banal du terme“ (196 — USA im Verhältnis zur Karibik oder weiten Teilen Lateinamerikas, 261 ff., 304 ff.) — „la logique impériale impose l'ubiquité et ne tolère pas le retrait“ (194). Diese Feststellungen beruhen für A. auf historischer Erfahrung und sind zeitlos gültig. Staaten haben es, seit es Geschichte, d. h. Bericht und Reflexion über ihr Verhalten gibt, so gehalten. Es ist also im Sinne A's der Mangel an historischer Perspektive, der die von der Einmaligkeit und Novität ihres Gegenstandes überzeugten Imperialismustheoretiker auszeichne.

A. setzt sich dann ausführlich mit den para-marxistischen Theorien der Magdoff, Kolko u. a. auseinander und analysiert weitgehend dieselben ökonomischen Daten

wie sie (2. Hauptteil). Seine Schlußfolgerung ist nun nicht mehr überraschend: Die ökonomischen Vorgaben determinieren amerikanische Außenpolitik nur für den, der von vornherein glaubt, daß sie es tun. In Wirklichkeit sind ihre „Erklärungen“ so global, daß sie gar nichts mehr erklären. Mit der Aussage, daß ökonomische und politisch-strategische Ziele ineinanderfließen, ist wenig gewonnen. Eben das sind die belegbar-traditionellen „milieu goals“ großer Mächte. Die Elemente dieser Politik zu dissoziieren ist unmöglich. Ihr konkreter Erklärungswert ist gering — „Ce qui explique tout n’explique rien“ (192). — A’s historisch abgestützte common sense-Attitude ist wohlthuend und hat à la longue vielleicht doch den größeren Teil der Weisheit für sich.

Ein Blick auf die Frage nach der Originalität der Kissinger-Außenpolitik (übrigens gibt A. dessen Präsident dabei mehr Kredit als oft üblich) ist angesichts des neuerlichen Wandels nicht ohne Interesse. Abgesehen von Aspekten des Stils, der Organisation der Entscheidungsfindung usw., beruht diese Originalität auf Kissingers „philosophie“? Hier fallen zumeist die Stichworte Metternich-Castlereagh, Bismarck, Gleichgewicht. A. verweist auf die „dialectique impénétrable des circonstances et des hommes“ (147) und legt sehr überzeugend dar, daß die veränderte Struktur des internationalen Systems (im einzelnen 147—155) doch stärker ist als gewisse persönliche historische Orientierungen. Der Rückgriff auf Metternich oder Bismarck fruchte deshalb wenig. Pentagonale Gleichgewichtspolitik heute betreiben zu wollen, sei absurd, u. a. weil es zwar mehrere in sich homogene Subsysteme gibt, das internationale System insgesamt aber heterogen sei. Mit anderen Worten: Da objektive Strukturmerkmale stärker sind als die persönliche Philosophie der Verantwortlichen, werden K’s historische Kategorien falsch oder sind zumindest unanwendbar. Nun ist das natürlich auch einem so scharfen analytischen Intellekt wie Kissinger völlig geläufig. Hier scheint eine gewisse persönliche Rivalität zwischen beiden obzuwalten. — A’s eigene Ausführungen zum klassischen Thema „Gleichgewicht“ als topos für die USA enthalten gewisse Widersprüche: Einerseits habe das Gleichgewichtsargument — der traditionelle Widerstand gegen die „monarchie universelle“ — amerikanische Politik etwa 1917, 1941, 1945, 1947 nicht „bestimmt“, andererseits habe es der Rationalisierung dieser Entscheidungen gedient und A. selbst erklärt sie mit seiner Hilfe (29, 66, 134, 139, 301, 313). Die Unterscheidung zwischen Motiv und Rechtfertigung bleibt theoretisch wie historisch-konkret unklar. Davon abgesehen sind die im Text verstreuten Bemerkungen zum Thema Gleichgewicht politisch-historische Juwelen. Insgesamt gewährt das Buch des grand old man Aron bei aller Konservativität des Ansatzes und der Positionen vielfältigen, gelegentlich widersprüchlichen und den Widerspruch herausfordernden Gewinn. Kann es mehr leisten?

Dieser Gewinn wird auch durch einige Irrtümer oder Druckfehler, wohl aus französischer Ferne gegenüber dem Gegenstand erklärbar, nicht geschmälert: Monroe-Doktrin von 1829 statt 1823 (21), Secretary Kellog statt Kellogg (27), Mac George Bundy statt McGeorge B. (138), H. J. statt H. A. Kissinger (!) (143, 146), Guatemala 1953 statt 1954 (164), Henry statt Hans J. Morgenthau (300), nämlich der Politologe.

es soll noch angemerkt werden, daß im Belser Verlag Stuttgart Zürich 1975 eine deutsche Übersetzung erschienen ist, bis auf ein speziell dafür geschriebenes Vorwort unverändert (die meisten der oben erwähnten Fehler sind ausgemerzt).

Knud Krakau